GEW NRW.

unruhestand

Ausgabe 2. Halbjahr 2026



Foto: Nils Hammelrath

Foto: Monika Dahl

Im Fokus Klimakrise und Sozialabbau

JA zum Alter

Wenn Träume wahr werden

Berufsverbote: Ein Thema von früher

Ein Schock feiert Jubiläum …

gew-nrw.de

Weltaltentag 2026

JA zum Alter

Seit 1991 erinnert die UN jedes Jahr am 1. Oktober daran, dass die Leistungen älterer Menschen nicht vergessen werden. Dazu rief sie den 'Internationalen Tag der älteren Menschen' (auch Weltaltentag) ins Leben.

Das Leben Älterer wird ja häufig aus der Perspektive gesehen, in der Alter mit Schwäche, benötigter Hilfestellung, Krankheit, Belastung für die Gesellschaft etc. gleichgesetzt wird.

Dieser einseitigen und falschen Perspektive widersprechen wir als Bundessenior*innenausschuss der GEW mit unseren Altersbildern, in denen wir betonen, dass das Alter bunt und vielfältig ist, dass ältere Kolleg*innen nach wie vor ein Gewinn für die Gesellschaft und unsere Gewerkschaft sind, deren Erfahrungen und Kenntnisse wir benötigen, um die Zukunft zu gestalten.

Menschen werden aufgrund ihres Alters diskriminiert, z.B. durch Höherstufung bei Versicherungen, bei der Gewährung von Krediten, werden ausgeschlossen, wenn sie nicht digital unterwegs sein können, werden als Ballast ("Rentnerschwemme") bezeichnet.

Deswegen fordert die GEW zusammen mit weiteren Organisationen, dass Alter als Diskriminierungsgrund in Artikel 3 GG aufgenommen wird.

Alter ist kein Defizit, sondern eine Lebensphase, in der sich viele Ältere für das Gemeinwohl engagieren, sie Zeit haben, endlich vieles von dem zu machen, wozu sie während ihrer beruflichen Phase nicht gekommen sind.

Deshalb: JA zum Alter – nicht nur am 1.10.!

Tanja Junkers, Duisburg

Landesweiter Senior*innentag am 21.09.26

Im Fokus Klimakrise und Sozialabbau

Der Ausschuss für Ruheständler*innen hatte wie alle 2 Jahre zum landesweiten Senior*innentag nach Bochum ins Hotel Mercure geladen.

Fritz Junkers begrüßte die 100 Teilnehmer*innen und stellte das neue Leitungsteam des Ausschusses vor: Neben ihm haben Conny Pätzelt und Bernd Bretthauer-Aue die Leitung übernommen. Fritz Junkers bedankte sich bei der ehemaligen Leiterin Annegret Caspers, die auch anwesend war.

Ulrich Kriegesmann übermittelte Grußworte des Stadtverbandes Bochum und lobte die wichtige und vielfältige Arbeit der Senior*innen in der GEW.

Unter der Überschrift „Erfahrungen in Extremistan - Zwischen Hitzewarnung und Flut“ berichtete Dr. Karsten Brandt, Klimatologe, am Beispiel der Flut im Ahrtal 2021 und der





Hitzewelle im Juni dieses Jahres von häufiger werdenden Klimaextremen. Seiner Meinung nach sind Menschen und Politik auf diese Ereignisse nicht vorbereitet, weil sie in diesen Extremen nicht so häufig vorkommen und die Menschen die Gefahr verdrängen. Während der Schaden und die Toten im Ahrtal für jeden ersichtlich waren, starben die Menschen während der Hitzewelle eher still und ohne Bilder. Dr. Brand hält die vergangenen Hitzetage für eine der größten Naturkatastrophen der letzten Zeit. Es muss dringend etwas für die Klimatisierung der Pflegeheime und der Krankenhäuser getan werden.

Dr. Michael Spörke, Abteilungsleiter beim Sozialverband Deutschland (SoVD NRW), referierte zum Thema „Rückbau der sozialen Sicherung in Deutschland, eine Gefahr für die Demokratie?“ Er hielt ein beeindruckendes Plädoyer für die Demokratie und forderte alle auf, miteinander zu diskutieren und Meinungen auszuhalten.

Die Pläne der Bundesregierung zu Reformen im Gesundheitswesen belasten vor allem Ärmere und Menschen im ländlichen Raum. Wenn Menschen keine vernünftige ärztliche Versorgung haben, schadet das der Demokratie. Der Sozialverband Deutschland wünscht sich eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Auch die Abschaffung des Bürgergelds hält der SoVD für falsch. Dr. Spörke weist darauf hin, dass der Missbrauch in diesem Bereich in Promille gemessen wird. Am 26.09.26 wird in Essen eine Demonstration gegen den Sozialabbau stattfinden.

Ayla Celik, Landesvorsitzende der GEW NRW, wies auf den Zusammenhang zwischen den Themen der beiden Referate hin. Klimaextreme, Sozialabbau und vieles mehr führen dazu, dass demokratische Grundwerte in Gefahr geraten. Die Frage ist, wie widerstandsfähig unsere Demokratie ist. Demokratische Grundbildung von der KITA bis zur Hochschule ist ein absolutes Muss.

Zu den beiden Hauptthemen des Tages gab es eine angeregte Diskussion.

Selbstverständlich wurde aber auch für das leibliche Wohl gesorgt und die „bewegte Mittagspause“ mit einer Kollegin des Sportbunds Bochum versorgte die Teilnehmer*innen mit neuer Energie.

Hildegard Schramm, Krefeld



Fotos: Tanja und Fritz Junkers



Schulcircus

Wenn Träume wahr werden



Wir schreiben die 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts. Die Auseinandersetzungen um die Gesamtschule waren beendet. Unsere Schule konnte ihr besonderes pädagogisches Konzept fortsetzen. Die Friedensdemonstrationen gegen die Nato-Nachrüstung waren vorbei. Zurück aus einem Jahr Solidaritätsarbeit im befreiten Nicaragua galt es neue Träume zu entdecken, bevor der schulische Alltag wieder die Kontrolle übernahm.

Wie wäre es mit dem Traum von einem eigenen Schulcircus, in dem Schüler*Innen jeden Tag in jeder Pause ihren Traum vom Circus leben können? In dem Schüler*innen aus allen Jahrgängen jeden Tag gemeinsam an einem Circus-Programm arbeiten können, in dem Schüler*innen zu Lehrer*innen werden und gemeinsam in andere Länder reisen?

Um eine solche Geschichte geht es in dem Buch „TraumSeinWerden“.

Als Lehrer ohne Abitur, aber mit drei Berufsabschlüssen, hatte ich mir das Motto von Petra Kelly zu eigen gemacht: „Beginne dort, wo du bist. Warte nicht auf bessere Umstände. Sie kommen automatisch in dem Moment, wo du beginnst“.

Für mich war der nicht geplante Start des Schulcircus Radelito 1991 ein solcher Moment. Die Gründung des Schulcircus brachte nicht nur mein eigenes, sondern auch das Leben in der Gesamtschule in Bewegung.



Gesamtschulen waren bunt, vielfältig, aufsässig, kreativ, das galt es zu nutzen.

Das Projekt Schulcircus war da noch einmal etwas komplett anders. Es fand jeden Tag, in jeder Pause, nach dem Unterricht und auch am Wochenende statt, selbst die Ferien waren kein Tabu. Der Schulcircus öffnete die Schule in das „Veedel“ (Stadtteil in Köln) und schaffte so einen ganz neuen Zugang zu Kultur, zum Lernen und zur Institution Schule. Er machte aus Schüler*innen, die nie durch besondere unterrichtliche Leistungen aufgefallen waren, Persönlichkeiten, die auffielen und Eindruck hinterließen. Unsere Gesamtschule, in einem sozial schwierigen Einzugsbereich gelegen, die ständig gegen Vorurteile ankämpfen musste, wurde plötzlich zu einer Wunschschule. Auftritte im Veedel, bei jedem Straßen-, Schul- und Sommerfest, bei großen Veranstaltungen in ganz Köln bis hin zu gemeinsamen Vorstellungen mit dem Circus Roncalli und der Kölner Kultband „die Höhner“ verschafften der Schule ein besonderes Renommee. Eltern engagierten sich im Schulcircus und darüber hinaus in anderen schulischen Projekten. Gemeinsam wurden Tourneen innerhalb Deutschlands und Europas organisiert. Höhepunkt wurde der seit 2005 jährlich stattfindende circensische Schüler*innen-Austausch zwischen den beiden Partnerstädten Köln und Corinto in Nicaragua. Unter dem

Motto „Somos-Wir sind“ tauschten sich Schüler*Innen jedes Jahr im Wechsel in drei Wochen aus, trainierten zusammen, lebten zusammen und gestalteten gemeinsame Vorstellungen. Die Verbindung, trotz großer Sprachbarrieren, war die gemeinsame circensische Arbeit. Völkerverständigung in seiner einfachsten und intensivsten Form. Dem Schulcircus gelang es durch Auftritte bei Roncalli, Spenden und die Kooperation mit dem Städtepartnerschaftsverein, dass in Corinto ein eigenes Zirkuszentrum gebaut und unterhalten werden konnte. Das Projekt wurde auch zum Grundstein für einen Schüler*Innenaustausch mit der Deutschen Schule in Managua (Nicaragua). „Warte nicht auf bessere Umstände“ wurde ein Leitmotiv. Radelito bestand nach wenigen Jahren nicht nur aus dem Spaß am circensischen Spiel und der Präsentation spektakulärer Tricks. Durch ihn wurde auch eine pädagogische Grundsatzdiskussion entfacht, denn der Schulcircus gab erfolgreiche Antworten auf pädagogische Fragen:

Gemeinsam lernen – voneinander lernen:

Im Circus lernen und arbeiten Schüler aller Altersstufen zusammen. Zehnjährige bilden mit neunzehnjährigen Abiturienten gemeinsam ein Team.

Problemlösendes Denken und entdeckendes Lernen. Im Circus gibt es keine vorgefertigte Lösung. Durch problemlösendes Denken, den Transfer von erlernten Techniken und entdeckendes Lernen entstehen neue kreative Nummern.



Verantwortlich handeln:

Ein Circusprogramm funktioniert nur durch das Zusammenfügen vieler Einzelteile. Jede/r Artist*In ist für seinen/ihren Bereich (Ablauf, Kostüm, Musik, Requisiten) verantwortlich.

Selbständiges Arbeiten – Methodenkompetenz:

Circus erfordert eine breite Palette an Methoden und Techniken des Selbständigen Arbeitens.



Fotos dieses Artikels: Georg Steinhausen

Öffnung von Schule und Kooperation mit außerschulischen Partnern:

Schulisches Handeln hört oft am Schultor auf. Circus ist darauf angewiesen, aus der Schule hinauszugehen, wann immer es möglich ist.

Applaus:

Die einzige Belohnung ist der Applaus. Ohne die Motivation zur eigenen Leistung, ohne die Bereitschaft, ständig zu lernen und zu trainieren, ohne ein großes Maß an Ausdauer, ohne eine gewisse Frustrationstoleranz stellt sich kein Erfolg ein. Circus steht somit nicht zuletzt für eine andere Lernkultur.

Schulcircus kann, angesichts der vielfältigen Probleme der Schule, wichtige Hinweise für ein lösungsorientiertes Denken und Handeln geben, darum geht es, auch heute. Ein Schulcircus verwirklicht Träume, fördert das Durchhaltevermögen, weckt Neugier, entwickelt Empathie, verleiht Kooperation einen Sinn, definiert Kompetenzen neu und öffnet den Blick für die Idee, wie Schule und Bildung anders aussehen können. Demokratisches Verhalten, respektvollen Umgang mit den Mitmenschen, Verständnis für die Probleme von Anderen lernt man nicht durch ein Arbeitsblatt. Im Schulcircus Radelito gab es die Möglichkeit dazu. Er hat dabei Grenzen sowohl innerhalb der Schule als auch zwischen den Ländern überwunden. Er hat der Schule einen neuen, eigenen Lern-Raum gegeben. Er hat durch seine Arbeit letztendlich Antworten auf die Frage gegeben, um die es in dem Buch geht: Was treibt dich an?

Georg Steinhausen, Köln

Vor Ort aus Bonn

Berufsverbote: Ein Thema von früher, das heute noch aktuell ist

Im Kleinen Theater in Bonn-Bad Godesberg wurde das Theaterstück „Die Vergessenen“ aufgeführt. Das rund 80-minütige Stück nähert sich dem Thema Berufsverbote im Spagat zwischen persönlichen Geschichten und gesellschaftlichen Strukturen. Hintergrund ist der sogenannte Radikalenerlass von 1972, in dessen Folge die politische Gesinnung von mehr als einer Million Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst mit geheimdienstlichen Mitteln überprüft wurde.

Nun wird manch einer fragen: Warum sollte man heute noch ein Theaterstück aufführen, dessen Thematik doch über 50 Jahre zurückliegt?

Zum einen sind wir es den Opfern der Berufsverbote bzw. des Radikalenerlasses schuldig. Obwohl sich der Erlass im Jahr 2022 zum 50. Mal jährte und das Gesetz in einigen Bundesländern theoretisch immer noch in Kraft ist, steht eine umfassende gesellschaftliche Aufarbeitung in vielen Teilen noch aus. Auch die Betroffenen warten weiterhin auf ihre vollständige Rehabilitierung. Das gilt ebenso in finanzieller Hinsicht: Viele wurden damals aus dem Schuldienst entlassen und erhielten ein Berufsverbot, was sie vor existenzielle Probleme stellte. Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, der einst selbst beinahe über den Radikalenerlass gestolpert wäre, hat die Betroffenen zwar offiziell um Entschuldigung gebeten, eine finanzielle Entschädigung wurde jedoch nicht geleistet.

Zum anderen besitzt die Thematik eine hohe Aktualität. Bundesweite Fälle wie etwa die Nichtzulassung einer bayerischen Lehramtsanwärterin wegen der Teilnahme an Klimaprotesten oder politische Befragungen in anderen Bundesländern zeigen, wie schnell Loyalitätsklauseln zu Eingriffen in den beruflichen Werdegang führen können. Die Sorgen unter unseren jungen GEW-Mitgliedern sind mittlerweile so groß, dass sie auf unserem NRW-GEW-Gewerkschaftstag im Juni den Antrag „Keine Gesinnungsprüfungen in der Lehrkräfteausbildung – Ausbildungsordnung NRW rechtsstaatlich präzisieren“ einbrachten.

Ein weiterer Antrag, den wir auf dem Gewerkschaftstag verabschiedeten – nämlich die Forderung, ein Prüfverfahren einzuleiten, ob ein Verbotsverfahren gegen die AfD erfolg-


Foto: Rolf Haßelkus

reich sein könnte –, zeigt die Bedeutung der Thematik des Theaterstücks „Die Vergessenen“: Darf man AfD-Mitglieder und Rechtsradikale aus dem öffentlichen Dienst ausschließen, wenn ein Verbot der AfD gesetzlich geregelt wäre?

Extremismus und Hassreden sind mehr denn je eine Gefahr für unsere Demokratie. Wir müssen uns klar und deutlich gegen diese menschenverachtenden Ideologien stellen. Aber brauchen wir neue Berufsverbote oder kann man mit dem jetzigen Dienstrecht z. B. gegen Mitglieder der AfD vorgehen, wenn sie Straftaten begehen oder menschenverachtende Hetze sowie antisemitische und rassistische Parolen verbreiten?

Das beeindruckende Theaterstück war für einige Gäste ein sehr emotionales „Wiedererleben“ vergangener Traumata. Bei anderen regte es eher zum Nachdenken darüber an, wie man mit Radikalen und Extremisten im öffentlichen Dienst umgehen könnte oder sollte – insbesondere vor dem Hintergrund des Erstarkens der Neofaschisten bzw. der AfD.

Die Brisanz der Thematik zeigte sich in der anschließenden Diskussion bei der hypothetischen Frage, was wäre, wenn ein Verbotsverfahren gegen die AfD erfolgreich verlaufen würde: Könnte dann eine Mitgliedschaft in der AfD die Anstellung im Öffentlichen Dienst grundsätzlich ausschließen? Oder wäre ein neuer Radikalenerlass mit dem Ziel, AfD-Mitglieder z. B. aus dem Schulwesen fernzuhalten, kontraproduktiv? Denn vage Klauseln stärken nicht nur den Schutz vor Rechtsextremismus, sondern öffnen gleichzeitig auch Türen für willkürliche Eingriffe. Alle Beteiligten waren sich einig, dass man diese komplizierte Materie von verfassungsrechtlich kompetenten Juristen bewerten lassen sollte, um keine neuen Rechtsbrüche zu begehen.

Ein großes Dankeschön geht an den Hauptvorstand der GEW, der die Mittel bereitstellte, um diesen besonderen Abend zu ermöglichen. Wir sind schon sehr gespannt, wie die Filmaufnahmen des Theaterstücks geworden sind, und begrüßen die Idee des Vorstands, allen GEW-Gliederungen eine kostenlose Filmkopie zukommen zu lassen.

Rolf Haßelkus, Bonn



GEWaktiv Tagung 2026

Bildung in Verantwortung

Seit 2007 (!) gibt es am zweiten Wochenende nach Beginn des neuen Schuljahres für alle, die in der GEW ehrenamtlich in den Gliederungen aktiv sind, eine Einladung zu einer Tagung. Von Anfang an ist die GEW-Aktiv Tagung eine schöne Mischung aus politischem Input und Diskussion, Kulturprogramm und Dankeschön-Abend sowie am 2. Tag mit Arbeitsgruppen zu den aktuell anliegenden Themen unserer Gewerkschaftsarbeit. Die Idee hatte 2006 mein Vorgänger als Vorsitzender der GEW NRW, Andreas Meyer-Lauber. Im Corona-Jahr 2020 fand die Tagung online statt, ansonsten konnte der Schuljahresauftakt in jedem Jahr in Präsenz stattfinden.

In diesem Jahr haben wir uns in der Stadthalle in Hagen getroffen unter dem Motto „Bildung in Verantwortung“. Als ehemalige Landesvorsitzende (und auch noch ein wenig aktiv im Kreisverband Unna) war ich auch eingeladen. Ich habe mich gefreut, viele bekannte Gesichter zu sehen und mit vielen aus unterschiedlichen Gliederungen zu sprechen. Ich fand es aber auch gut, dass ich nicht mehr alle kannte, dass also auch neue, aktive GEW-Mitglieder teilgenommen haben.



Foto: Dorothea Schäfer

Steffi Klaus, Pressesprecherin der GEW, moderierte die Eröffnungsveranstaltung.

Als Vorsitzende der GEW NRW begrüßte Ayla Celik die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und führte direkt ins Thema ein. Als zentrale Herausforderung unserer Zeit benannte sie die Stärkung demokratischer Haltung in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft. Die GEW-Kampagne „Bildung bleibt stabil! – Demokratie trainieren, Haltung zeigen“ sei ein starkes Zeichen der GEW NRW für unseren Einsatz gegen Rechts und für die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Für den politischen Input konnte Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer von der Uni Duisburg-Essen gewonnen werden. „Argumentieren gegen Stammtischparolen: Populismus aus der Mitte der Gesellschaft“ – so der Titel seines Beitrags. Er machte zu Beginn deutlich, dass er für ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen eigentlich mehr Zeit zur Verfügung habe als eine gute Stunde. Insofern konnten einige Aspekte auch nur angerissen werden. „Stammtischparolen“ sind absolut zugespitzte, ultimative Äußerungen, die kein Wenn und Aber zulassen. Dabei geht es nicht um die Diskriminierung von Stammtischen, sondern gemeint sind verbale Äußerungen, die sich in Dogmen und Ideologien verflüchtigen und Menschen, die „anders“ sind, verachten und hassen. Die Tagungsteilnehmer*innen sollten solche Äußerungen spontan formulieren. Später ging es auch um sinnvolle Reaktionen darauf.

Dr. Hufer formulierte schließlich noch zehn Tipps zum Umgang mit Stammtischparolen z. B. „Tappen Sie nicht in Komplexitätsfallen; seien Sie der Souverän des Gesprächs; stellen Sie Regeln zum Verlauf und Tonart des Gesprächs auf; akzeptieren Sie die Person und zeigen Sie aber auch, dass Sie ihre Position ablehnen; bleiben Sie gelassen. Sie allein können zwar die Welt nicht ändern, aber Sie sind nicht allein. Viele denken so wie Sie.“

Er schloss seinen Vortrag mit einem Zitat von Oskar Negt: **„Demokratie ist die einzige politische Grundordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein.“**

Ab 18 Uhr wurden zwei Stadtführungen angeboten. Parallel trat im Foyer der Stadthalle die Musikgruppe „Roter Faden“ auf mit Sabine Unger (Altstimme), langjährig im Grundschulbereich aktive GEW-Kollegin aus Detmold, Peter Konopka (Singer/Songwriter), GEW-Kollege von der Laborschule Bielefeld und immer aktiver Tarifkämpfer, Harald Kiesslich (Akkordeon) und Dominik Gauert (Jazz-Gitarre). Sie hatten ein tolles Programm vorbereitet mit Arbeiter-, Gewerkschafts- und Friedensliedern. Ihrem sehr guten Auftritt mit einordnenden Worten zu den Liedern hätte ich vor allem in der ersten Stunde ein aufmerksameres Publikum gewünscht.

Danach war viel Zeit zur Begegnung, zum Reden und zur Stärkung an einem leckeren Buffet. Danke für einen schönen Auftakt der GEW-Aktiv-Tagung!

Dorothee Schäfer, Unna


Foto: Dorothea Schäfer

GEWaktiv Workshop „Alt gegen Jung, Jung gegen Alt?“

Ruheständler und junge GEW gemeinsam gegen das Märchen vom Gegeneinander der Generationen

Der Ausschuss für Ruheständler führte gemeinsam mit der Jungen GEW auf der Tagung vom 11.-12. September den Workshop „Alt gegen Jung, Jung gegen Alt“ durch. Einen Generationenkonflikt sehen beide am Ende des Workshops in der Gewerkschaft nicht.

Die Referentin war Barbara Seifert. Sie ist Sozialwissenschaftlerin, Gerontologin und wissenschaftliche Beraterin der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW). Zudem ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Gerontologie und an der Technischen Universität Dortmund tätig. Die Moderation des Workshops übernahmen Conny Pätzelt vom Ausschuss für Ruheständler und Katharina Niebergall von der Jungen GEW.

Die Veranstaltung war gut besucht. Die Kolleginnen und Kollegen wollten wissen: Gibt es ihn, den vielbeschworenen Generationen-Konflikt oder ist er eine mediale Inszenierung, die es in der Realität nicht gibt?

Barbara Seifert zeigte zunächst Traditionen in Wissenschaft und Alltagskultur auf, die Grundlage eines konfrontativen Generationenverständnisses sind. Barbara Seifert liefert Beispiele dafür, diese stammen aus der Soziologie und der Demografie. Im Anschluss ging Barbara Seifert auf die Kritik des „Ageismus“ an generativen Zuschreibungen ein. Der Ageismus votiert für die Perspektive eines guten diskriminierungsfreien Miteinanders.

Der Begriff Generation bezeichnet Menschen, die ungefähr zur gleichen Zeit geboren wurden und deshalb ähnliche gesellschaftliche Erfahrungen gemacht haben. Zu den bekannten Bezeichnungen für Generationen gehören beispielsweise die Babyboomer, die Generation X, die Millennials und die Generation Z. Diesen Gruppen werden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Während die Babyboomer als leistungsorientiert gelten, wird die Generation Z oft als digital geprägt und besonders aufmerksam gegenüber Themen wie Vielfalt und psychische Gesundheit beschrieben. In den



Katharina Niebergall (Moderation), Bernd Bretthauer-Aue, Barbara Eifert (Impulsreferat), Stephan Osterhage-Klingler, Conny Pätzelt (Moderation)

Medien werden diesen Generationen jeweils unterschiedliche Merkmale pauschal zugeschrieben. Die wissenschaftliche Forschung als Basis dieser Zuschreibungen forciert so die Wahrnehmung von Menschen in „Schubladen“ und liefert so ihren Beitrag zur Dichotomisierung unserer Gesellschaft in den Köpfen vieler Menschen. Die Demografie als wissenschaftliche Lehre der Bevölkerungsentwicklung reitet und ritt das gleiche Pferd. Den demografischen Wandel auf ein Mehr an alten und ein Weniger an jungen Menschen zu reduzieren, ist ein populärer Umgang mit demografischem Entwicklungen. Dieser Einengung folgen negative Begriffe wie „Überalterung“ oder „Rentnerberg“ auf dem Fuße. Hier werden bestehende Zukunftsängste verstärkt und der Eindruck erweckt, ältere Menschen seien eine Belastung für die Gesellschaft, die das Potenzial hat, in eine gesellschaftliche Katastrophe zu münden. Diese Katastrophe hat es tatsächlich nie gegeben und es wird sie auch nicht geben wird. Die Demografie steht dabei in ihrer eigenen Tradition, in der Kulissen des Bedrohtseins immer populär waren.

Die Forschung über Altersbilder verlässt das Terrain scheinbarer Objektivität und beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen und individuellen Wahrnehmung von Alter. Altersbilder sind Vorstellungen und Bewertungen, die menschliche Eigenschaften mit bestimmten Lebensaltern verbinden. Eine Studie der Antidiskriminisierungsstelle des Bundes aus dem Jahr 2022 untersucht, wie sich die die Vorstellungen über das Alter je nach befragter Altersgruppe unterscheiden. Ältere Personen werden dann häufig als weniger leistungsfähig und weniger anpassungsfähig an gesellschaftliche Veränderungen gesehen. Jüngere Menschen sind häufig der Meinung, dass Alte den gesellschaftlichen Fortschritt bremsen. Positive Altersbilder, die das Alter mit Lebenserfahrung, persönlicher Reife und Gelassenheit verbinden, konkurrieren im Wettbewerb der Stereotype auf den hinteren Rängen. Auch junge Menschen werden häufig mit bestimmten Eigenschaften verbunden, etwa mit Technikkenntnissen, Flexibilität, aber auch fehlender Erfahrung

Dort, wo Altersbilder pauschal werden und zu Vorurteilen, Benachteiligungen und Konflikten führen, setzt Ageismus an. Ageismus beschreibt Benachteiligungen aufgrund eines bestimmten Lebensalters. Das Lebensalter der Betroffenen spielt dabei keine Rolle. Sowohl ältere als auch jüngere Menschen sind betroffen. Die Kenntnis konkreter Formen der Benachteiligung und die Sensibilisierung für diese ist der Ansatz, das Zusammenleben der Generationen konkret zu verbessern. Dort, wo diese Benachteiligungen vorkommen, ist es wichtig, miteinander ins Gespräch zu kommen, das gegenseitiges Verständnis zu fördern, aber auch mit konkreten Interventionen zu reagieren. Hinter Ageismus steht die Vision, dass junge und alte Menschen voneinander lernen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen miteinander teilen können. Die individuellen Fähigkeiten, Interessen und Einstellungen bestimmen das Miteinander - die Vielfalt der Menschen wird anerkannt, es gilt miteinander zu kommunizieren und sich gegenseitig zu respektieren.

Aegismen oder der „klassische“ Generationenkonflikt - ein Gegeneinander von Alt und Jung, eine Konkurrenz um Einfluss in der Gewerkschaft, Machtstrukturen, die sich auf ein bestimmtes Lebensalter gründen - solche Konfliktlinien wurden in der an den Vortrag anschließenden Aussprache als in der GEW als marginal gesehen - alles ist gut. Die Moderatorinnen ergänzten sich vorzüglich, von Generationenkonflikt war nichts zu merken. Dieser weite Konsens im Workshop war vielleicht aber auch Ergebnis der angenehmen Gesprächsführung, die Barabara Seifert und die Moderatorinnen pflegten. Einige Teilnehmer des Workshops hätten sich allerdings mehr konkrete Verabredungen und Planungen für die Zukunft gewünscht – vielleicht eine Aufgabe für einen zukünftigen Workshop. Der Ausschuss für Ruheständler und die Junge GEW bleiben jedenfalls im Gespräch.

Bernd Bretthauer-Aue, Mitglied im Leitungsteam

Obleutetagung 2026

Gemeinsam statt einsam



Foto: Fritz Junkers

Dieses Motto galt für den Obleutetag in mehrfacher Weise.

Haltung gegen Rechts gemeinsam zu fördern, ist das Ziel der Kampagne der GEW NRW, die Stephan Osterhage-Klingler (stellvertretender Landesvorsitzender) den anwesenden Obleuten der Senior*innen in der GEW in seinem Grußwort vorstellte. Untermauert durch einen kurzen Film und mit Anregungen und Materialien aus dem Internet angereichert, können die Kolleg*innen darauf zurückgreifen, wenn sie vor Ort Aktionen gegen Rechts organisieren wollen (www.demokratie-kraft.de).

Im Thema des Vormittags befasste sich Sigrid Bürger von der Grüner Weiler eG mit dem genossenschaftlichen Wohnprojekt in Münster, ein „Realprojekt für das Wohnen der Zukunft, ökologisch, sozial, genossenschaftlich“, wie sie betonte. In 132 Wohnungen leben dort 265 Menschen von Kindern bis Senior*innen zusammen. Nicht Rendite für Einzelne, sondern bezahlbare Wohnungen und gutes Leben gemeinsam für alle kennzeichnet das fertige Projekt. Neben den eigenen Wohnungen gibt es eine Vielzahl gemeinsam genutzter Räume und einen Innenhof, die zwanglose Begegnungen ermöglichen: Gemeinsam statt einsam.

Am Nachmittag ging es dann um die zukünftige Ausrichtung der Senior*innenpolitik in der GEW NRW und damit auch um die Frage, ob die Einbeziehung der Kolleg*innen, die noch nicht im Ruhestand sind, sich aber möglicherweise damit beschäftigen, sinnvoll wäre. Da das Projekt „Ausschuss 60+“ auf dem Gewerkschaftstag keine satzungsändernde Mehrheit fand, war die Frage, ob und wie der „Ausschuss für Ruheständler*innen“ jetzt damit umgehen sollte. Einigkeit bestand darüber, dass die GEW für die Kolleg*innen „60+“ Angebote machen muss, um ihnen bei der Vorbereitung auf den Ruhestand zu helfen und vor allem deutlich zu machen, dass die GEW auch für Senior*innen attraktiv sein kann. Denn viele Kolleg*innen verlassen die GEW, wenn sie in den Ruhestand gehen und damit gehen der GEW Ehrenamtliche mit viel Erfahrungen und natürlich auch Mitgliedsbeiträge verloren. Deshalb wird der Ausschuss weiter Angebote und Hilfen auch für die sich noch nicht im Ruhestand befindenden Kolleg*innen entwickeln.

Die Bedeutung der Senior*innen für die GEW NRW verdeutlichte Stephan Osterhage-Klingler mit ein paar Zahlen: Im Alter von 60-70 Jahren befinden sich 6.449 Mitglieder, über 70 Jahre sind 6.724 Mitglieder, mithin 13.173 Mitglieder, die wir betreuen können. Davon befinden sich im Ruhestand 8.536 Mitglieder, 18% aller GEW-Mitglieder in NRW.

Die anwesenden rund 25 Obleute für Ruheständler*innen gaben dem Leitungsteam ein positives Feedback für die Veranstaltung, die jedes Jahr im Herbst stattfindet.

Fritz Junkers, Mitglied im Leitungsteam

Ein Schock feiert Jubiläum … und die Politik übt Rollenspiel



Die Leistungen deutscher Schüler*innen erreichen in der OECD PISA-Studie 2025 den Tiefststand – so schlecht wie bislang noch nie. Dieses Ergebnis war zu erwarten. Leider. Unterschiedliche Interpretationen auch. Das gehört zum Geschäft. Aber in diesem Jahr sind sie auch Merkmal der Bildungskrise, denn sie verhindern vermutlich eine gemeinsame Kraftanstrengung.

Die Bundesbildungsministerin hat es geschafft, originell zu sein und ein Teilergebnis der Studie so zuzuspitzen, dass der Eindruck entstehen musste, sie habe neue Schuldige für die Misere entdeckt – die Eltern. Denn Prien beklagt die „doch sehr niedrige Bildungsaspiration in Deutschland“ und bemängelt, „dass Eltern Bildung einfach nicht so wichtig finden wie in anderen OECD und EU Staaten“ (Welt TV). Mindestens missverständlich.

Ansonsten fällt der (regierenden) Politik nur ein, dass sie wisse wie es geht und den richtigen Weg schon seit längerem verfolge. Dorothea Feller bringt diese bundesweite kultusministerielle Haltung für-NRW auf den Punkt, indem sie fordert, man müsse und werde nun „beherzter“ vorgehen.

Synonyme für beherzt sind mutig, entschlossen, tapfer, couragiert und unerschrocken. Davon ist schwarz-grüne Politik in NRW meilenweit entfernt. Deutlich mehr Bildungsinvestitionen und grundlegende Reformen sind nämlich tabu. Der Schulkompass NRW 2030 solle und werde es richten.

Dass die demokratische Opposition anders auf die PISA-Ergebnisse reagiert, kann nicht verwundern. Eigene politische Fehler in der Vergangenheit werden vergessen. Die SPD wird grundsätzlich und fordert ein „Umdenken“; die FDP beklagt, Schul- und Familienpolitik würden viel zu oft „gegeneinander oder umeinander herum arbeiten“ – was immer das auch heißt.

Der diesjährige PISA-Schock ereilt die Politik im Vorwahlkampf der Landtagswahl. Sicher ein Grund für Durchhalteparolen einer- und Fundamentalkritik andererseits. Nach der Wahl wird es hoffentlich anders sein. Vielleicht gibt es andere Mehrheiten, Mehrheiten unter Einschluss von Parteien, die jetzt sehr unterschiedlich auf die PISA-Ergebnisse



reagiert haben. Vielleicht gibt es dann aber auch die Chance für eine gemeinsame Kraftanstrengung. Die letzte große Schul(struktur)reform war der Schulkonsens von 2011. Der Zwang zur Verfassungsänderung erforderte breite Mehrheiten. Zudem verfügt NRW mit der Bildungskonferenz nach 2010 über Erfahrungen, unterschiedliche Akteure mit Expertise einzubeziehen. Educational Governance einmal anders.

Nicht zuletzt aber enthält der Bericht der Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ eine Reihe von guten Handlungsempfehlungen, die einvernehmlich von den demokratischen Fraktionen formuliert wurden. Richtige datengestützte Qualitätsentwicklung, die nicht nur misst sondern auch fördert, eine andere Steuerung, die die Eigenverantwortung der einzelnen Schule wirklich zum Ausgangspunkt macht, und eine Reform von Schulaufsicht und Schulfinanzierung – um nur einige der Vorschläge zu nennen. Und die derzeitige Landesregierung ignoriert diese Vorschläge nicht nur, sie karikiert sie, in dem sie ABC-Klassen an Stelle eines Chancenjahres auf den Weg bringt.

Und die GEW?

Die Stellungnahmen variieren. Auf Bundesebene war es sehr grundsätzlich. „Das gesamte Schulsystem gehört auf



In der NRW-Landesregierung arbeiten Familien- und Schulpolitik viel zu oft gegeneinander oder umeinander herum.

den Prüfstand“, die Politik setze weiterhin auf ein „verkürztes, technokratisches Qualitätsverständnis“ und „die datengestützte Steuerung und Entwicklung von Schulen wirk(e) wie die letzte Rettungsboje der Politik im Abwärtstrend, um Handlungsfähigkeit behaupten zu können“. Die Bewertung der GEW NRW ist deutlich weniger grundsätzlich. Und das ist auch gut so. Sie bemängelt, dass Daten und neue Vorgaben allein noch keinen Unterricht verändern und fordert mehr Unterstützung der Schulen. Nah dran an der jeweiligen Landesschulpolitik argumentiert man anders.

Gut ist ein Schock, wenn er im Rückblick als heilsam bezeichnet werden darf. Der von 2001 war es offenbar nur bedingt. 2026 scheint es nicht anders.

Michael Schulte, Dinslaken


Kölner Stadt-Anzeiger ABO

Köln Region Freizeit Restaurants FC Panorama Po

Wirbel um Aussage zu Pisa-Studie

Prien beklagt Desinteresse von Eltern – und erntet Kritik

Deutschlands Schüler schneiden bei der Pisa-Studie schlecht wie nie ab. Bildungsministerin Prien sorgt mit ihrer Einschätzung für Aufsehen.

Vor Ort aus Gütersloh

Auf den Spuren einer Künstlerfreundschaft: Böckstiegel-Museum und Tuxhorn-Schau

1. Oktober 2026, ein Nachmittag voller regionaler Kunstgeschichte: Die Ruheständlerinnen und Ruheständler der GEW des Kreises Gütersloh unternahmen einen Ausflug zum Museum Peter August Böckstiegel nach Werther-Arrode. Im Mittelpunkt stand die enge Verbindung zweier westfälischer Ausnahmekünstler.

Bei heftigem Regenwetter, was der guten Stimmung keinen Abbruch tat, trafen sich die ehemaligen Lehrerinnen, Lehrer und Beschäftigten aus dem Bildungsbereich zur Sonderausstellung „Georg Tuxhorn und die zweite Generation der ‚Bielefelder Moderne' in Verbindung mit der Besichtigung des historisch erhaltenen Böckstiegel-Künstlerhaus.

Durch die kombinierte Führung wurde die Verbindung der beiden Künstler noch greifbarer. In dem farbenfroh gestalteten Wohn- und Elternhaus atmeten die Besucher förmlich den Geist des Expressionismus, der auch Tuxhorns farbgewaltige Landschafts- und Naturgemälde so stark prägte.

Georg Tuxhorn (1903–1941) sah in dem älteren Peter August Böckstiegel zeitlebens ein großes künstlerisches Vorbild. Inspiriert von Böckstiegel zog es auch Tuxhorn Anfang der 1920er Jahre an die Kunstakademie nach Dresden. Dass Tuxhorns umfangreicher künstlerischer Nachlass vor wenigen Jahren als Schenkung an die Böckstiegel-Stiftung übergeben wurde, schließt nun einen historischen Kreis.



Den gemütlichen Abschluss bildete das Beisammensein im hauseigenen Bistro & Café Vincent. Bei Kaffee und Kuchen herrschte ein reger Austausch über die neu gewonnenen Kunsteindrücke, die tragischen Biografien der damals durch die NS-Diktatur ausgebremsten Künstlergeneration sowie manches mehr.

Alles in allem: Ein gelungener Ausflug, der Kultur und lebendige Gemeinschaft perfekt verband.

Inge Kreienbaum-Dresemann, Gütersloh



Fotos: Johannes Kreienbaum-Dresemann

Kommentar

Die Kufiya und die Debattenkultur in der GEW – Ein persönlicher Blick darauf



Foto: AdobeStock

In jüngster Zeit sorgt ein Kopftuch für heftige Auseinandersetzung, so auch innerhalb der GEW NRW. Die Rede ist von der Kufiya, besser bekannt als Palästinensertuch. Diejenigen, die dieses schwarz-weiß oder rotweiß karierte Tuch tragen, wollen damit ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk kundtun und treten für einen souveränen palästinensischen Staat ein.

Da dieser nur Raum greifen kann, wenn die Resolutionen der UN für eine Zwei-Staaten-Lösung des Nahost-Konflikts verwirklicht werden, zuletzt in der „New-Yorker-Erklärung“ von 2025, von 142 Staaten angenommen, gefordert, wenn also Israel den Gaza freigibt und die Besiedlung des Westjordanlandes zurückbaut. Damit sind die Ansprüche und Interessen des Staates Israel betroffen, nicht seine Existenz!

Der terroristische und menschenverachtende Überfall der Hamas auf Israel hat eine Lösung des Nahost-Konflikts auf diplomatischem Wege vorerst vernichtet. Dieser an Brutalität und Grausamkeit kaum zu überbietende Überfall ist zu verachten, muss gesühnt werden und ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Verantwortlichen dafür müssen zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden. Das ist das Recht des Staates Israel. Das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Hamas ist damit im Zusammenhang zu sehen. Die Hamas ist ein Teil der palästinensischen Identifikation, aber eben nur ein Teil. Das palästinensische Volk ist nicht die Hamas, ebenso wenig wie die Muslime Islamisten sind oder das deutsche Volk rechtsextremistisch-faschistisch ist, weil 30-40% die AfD zu wählen bereit sind.

Wenn wir versuchen, die Generalisierungen zu vermeiden, können wir auch die Kollektivschuld-Vorurteile in Frage stellen. Dann können und dürfen wir für die Rechte der Palästinenser eintreten, ohne damit die terroristischen Greueltaten der Hamas zu negieren, dann können und dürfen wir die israelische Regierung kritisieren wegen ihres Vorgehen im Gaza und im Westjordan, ohne den Staat Israel dadurch in Frage zu stellen bzw. das jüdische Volk oder die Juden in Europa zu diskreditieren.

Meine Eltern haben mich mit Verständnis und Zuneigung zu Humanismus, Toleranz und Gewaltfreiheit erzogen. Ich war Lehrer mit Passion, der Verfassungskern unseres Grundgesetzes (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus) hat für mich einen hohen Stellenwert. Das habe ich meinen Schüler*innen vermittelt.

Mein Nachbar ist Jude, meine Bekannte ist Muslima und gegenüber wohnt eine palästinensische Familie. Ich bin für eine offene, tolerante Gesellschaft, in der alle Menschen willkommen sind und sich angenommen fühlen können. So bin ich erzogen worden und für nichts und niemanden werde ich diese Werte opfern!

Fritz Junkers, Duisburg

Impressum:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen, Nünningstraße 11, 45141 Essen

Ausschuss für Ruheständler*innen: Bernd Bretthauer-Aue, Fritz Junkers, Conny Pätzelt
Redaktion: Fritz Junkers (f.junkers@gmx.de), Tanja Junkers
Ausgabe 2/2026, 6. Jahrgang, November 2026, Auflage 11.000
Gestaltung: artsmeetgraphik, Mülheim/Ruhr
Druck: basisdruck GmbH, Essen
Vertrieb: NDS Verlag, Essen, office@nds-verlag.de

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen.
Die Zeitung „unruhestand“ erhalten alle Mitglieder der GEW NRW ab 63 Jahre als Beilage zur „lautstark.-Dein Mitgliedermagazin“ kostenlos.

Die nächste „unruhestand“ Ausgabe 1. Halbjahr 2027 erscheint mit der lautstark. 2/2027 im Frühjahr 2027.

Einladung

Grundsätze der Altenpolitik

Fachtagung für Kolleg*innen im Ruhestand bzw. in der Endphase der Berufstätigkeit (ab 63 Jahren) mit folgenden Themen:

1. Zwischen rechtsextremer Normalisierung und demokratischer Gegenwehr
   Gemeinsam gegen rechte Einflussnahme in Kommune und Bildung
   Referenten/Moderatoren: MBR (Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus)

2. Absehbare (Vermutliche) Auswirkungen der letzten Landtagswahlergebnisse auf Bildungseinrichtungen

3. Stadtführung Soest

4. Inflation und Betriebsrente der Tarifbeschäftigten:
   „Die abschmelzende (Der Kaufkraftverlust) VBL-Rente“ im Fokus der aktuellen Betriebsrentendebatte Referent: Jochen Bauer

5. GEW NRW vor der Landtagswahl 2027:
   Befürchtungen, Konstellationen, Erwartungen für Erziehung, Bildung und Wissenschaft
   Referent: Stephan Osterhage-Klingler (Stv. Landesvorsitzender)

02./03. März 2027 in Soest

(Der genaue Ort wird nach der Anmeldung bekannt gegeben.)

Teilnahmebeitrag (mit Übernachtung und Vollverpflegung):
GEW-Mitglieder: 210.- Euro | Nichtmitglieder: 250.- Euro

Anmeldeschluss: 15. Januar 2027

Anmeldungen schriftlich an: GEW NRW Weiterbildung, Nünningstr. 11, 45141
oder über die Homepage der gew-nrw.de/termine oder per Email an: weiterbildung@gew-nrw.de
Fahrtkosten werden nicht erstattet!

Kolleg*innen, die noch berufstätig sind, können Dienstbefreiung bei der Leitung ihrer Dienststelle beantragen für gewerkschaftliche Arbeit.

Leitungsteam Ausschuss für Ruheständler*innen: Bernd Bretthauer-Aue | Fritz Junkers | Conny Pätzelt

Abb.: AdobeStock